



Antrag

—

mehrere Mitglieder des Landtages

Abberufung des Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, Herr Ulrich Siegmund (AfD), wird abberufen.

Begründung

Die Rechtsgrundlage der Abberufung ergibt sich aus § 13 Abs. 3 in Verbindung mit § 4 Abs. 6 der Geschäftsordnung des Landtages von Sachsen-Anhalt.

Die antragstellenden Abgeordneten sehen das Vertrauensverhältnis zu dem Abgeordneten Herrn Ulrich Siegmund (AfD) als Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung aus den nachstehenden Gründen als nachhaltig gestört an.

Durch Medienberichte vom 10.01.2024 wurde bekannt, dass am 25.11.2023 in der Nähe von Potsdam ein Treffen stattfand, bei dem der als Rechtsextremist¹ und Antisemit² ausgewiesene österreichische Aktivist Martin Sellner und weitere Referenten einen als „Remigration“ bezeichneten Plan vorstellten, um Menschen ausländischer Herkunft oder Abstammung in

¹ https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2021-06-verfassungsschutzbericht-2020.pdf?__blob=publicationFile&v=9

² https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/allgemein/2022-04-lagebild-antisemitismus.pdf?__blob=publicationFile&v=6

großer Zahl aus Deutschland in andere Staaten umzusiedeln.³ Den Berichten zufolge beziehen sich diese Absichten ausdrücklich auch auf in Deutschland bleibeberechtigte Ausländerinnen und Ausländer sowie auf Deutsche mit Zuwanderungsgeschichte. Der bei dem Treffen diskutierte „Masterplan“ folgt ganz offenkundig einem „ausschließlich an ethnischen Kategorien orientierten Begriff des Volkes“, den das Bundesverfassungsgericht als „verfassungsrechtlich unhaltbar“ und als „Missachtung der Menschenwürde“ einordnet.⁴

An dem Treffen hat auch der Abgeordnete Ulrich Siegmund teilgenommen und eingeräumt, dass er die Vorträge gehört hat.⁵

Der skizzierte „Masterplan“ und die kolportierten Äußerungen des Abgeordneten Siegmund stehen nicht nur im Widerspruch zu unserer Verfassungsordnung, sondern auch zu dem erklärten, parteiübergreifenden Ziel von Landtag und Landesregierung, Sachsen-Anhalt attraktiv für die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften aus dem In- und Ausland zu machen und ein friedliches Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft in unserem Land zu gestalten.

Der Abgeordnete Siegmund ist Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung. Der Ausschuss hat umfangreiche Zuständigkeiten im Bereich von Zuwanderung, Arbeitskräftegewinnung, Integration und Demokratieförderung. An die Funktion eines Ausschussvorsitzenden ist zudem eine besondere Verantwortlichkeit zu knüpfen. Diese Verantwortlichkeit begrenzt sich auch nicht nur auf Termine in Wahrnehmung der Ausschussvorsitzstätigkeit, vielmehr darf das Verhalten des Ausschussvorsitzenden keine Zweifel säen, dass die Maßgaben des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt uneingeschränkt gelten.

Abgeordneter Siegmund ist aufgrund seiner Teilnahme am Treffen und fehlender Distanzierung weder für die Leitung der Arbeit des Ausschusses noch für die Vertretung des Ausschusses gegenüber den in diesen Bereichen tätigen Menschen und Institutionen geeignet. Es kann und muss von einem Ausschussvorsitzenden erwartet werden, dass er sich von Treffen wie jenem am 25.11.2023 unmittelbar und unmissverständlich distanziert, etwa die Veranstaltung zu verlassen, wenn Rechtsextremisten Teil der Veranstaltung sind. Dies hat der Abgeordnete Siegmund nach eigener Aussage nicht gemacht. Ein „ich mach mir den Inhalt nicht zu eigen“ reicht mit Blick auf die besondere Verantwortung eines Ausschussvorsitzenden nicht aus.

³ Hier insbesondere: <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>

⁴

https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2017/01/bs20170117_2bvb000113.html

⁵ Öffentliche Anhörung im Ältestenrat des Landtages von Sachsen-Anhalt am 18.01.2024.

Aus diesen Gründen sehen die unterzeichnenden Abgeordneten die Vertrauensbasis für eine weitere Zusammenarbeit mit dem Abgeordneten Siegmund als Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung als nicht gegeben an. Der Abgeordnete ist daher als Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung nicht länger tragbar.

Die Mitglieder des Landtages:

1.	Dr. Haseloff, Reiner	(CDU)
2.	Heuer, Guido	(CDU)
3.	Godenrath, Kerstin	(CDU)
4.	Krull, Tobias	(CDU)
5.	Hietel-Heuer, Sandra	(CDU)
6.	Ruland, Stefan	(CDU)
7.	Gorr, Angela	(CDU)
8.	Stahlknecht, Holger	(CDU)
9.	Kühn, Xenia Sabrina	(CDU)
10.	Dr. Schneider, Anja	(CDU)
11.	Keding, Anne-Marie	(CDU)
12.	Feuerborn, Olaf	(CDU)
13.	Krause, Dietmar	(CDU)
14.	Barthel, René	(CDU)
15.	Redlich, Matthias	(CDU)
16.	Rosomkiewicz, Sven	(CDU)
17.	Thomas, Ulrich	(CDU)
18.	Krüger, Thomas	(CDU)
19.	Räuscher, Alexander	(CDU)
20.	Tullner, Marco	(CDU)
21.	Stehli, Stephen Gerhard	(CDU)
22.	Zimmer, Lars-Jörn	(CDU)
23.	Schumann, Andreas	(CDU)
24.	Czekalla, Sven	(CDU)
25.	Simon-Kuch, Elke	(CDU)
26.	Borgwardt, Siegfried	(CDU)
27.	Staudt, Thomas	(CDU)
28.	Schulenburg, Chris	(CDU)
29.	Sturm, Daniel	(CDU)
30.	Keindorf, Thomas	(CDU)
31.	Tschernich-Weiske, Karin	(CDU)
32.	Dr. Schellenberger, Gunnar	(CDU)
33.	Kurze, Markus	(CDU)

34.	Bommersbach, Frank	(CDU)
35.	Feußner, Eva	(CDU)
36.	Teßmann, Timm	(CDU)
37.	Scheffler, Michael	(CDU)
38.	Albrecht, Christian	(CDU)
39.	Borchert, Carsten	(CDU)
40.	Gürth, Detlef	(CDU)
41.	Dr. Pähle, Katja	(SPD)
42.	Dr. Grube, Falko	(SPD)
43.	Kleemann, Juliane	(SPD)
44.	Gensecke, Katrin	(SPD)
45.	Hövelmann, Holger	(SPD)
46.	Pasbrig, Elrid	(SPD)
47.	Dr. Richter-Airijoki, Heide	(SPD)
48.	Erben, Rüdiger	(SPD)
49.	Dr. Schmidt, Andreas	(SPD)
50.	Silbersack, Andreas	(FDP)
51.	Kosmehl, Guido	(FDP)
52.	Bernstein, Jörg	(FDP)
53.	Pott, Konstantin	(FDP)
54.	Tarricone, Kathrin	(FDP)
55.	Gludau, Maximilian	(FDP)
56.	Dr. Hüskens, Lydia	(FDP)